Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 5. März bis 20. April 2020[29]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
16. April 2020	Inf. ECOFIN Rat	Schwerpunkte • Europäisches Semester: Der informelle ECOFIN-Rat unter kroatischem Vorsitz, in der Zusammensetzung der Finanzminister, begrüsst die Leitlinien zu den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen, welche bis Ende April angenommen werden sollen. Im Rahmen des Europäischen Semesters wird angesichts der COVID-19-Krise eine pragmatische Vorgehensweise unter möglicher Einhaltung aller Fristen angestrebt. • Solidaritätsinstrument SURE: Die Finanzminister unterstützen die von der EK vorgeschlagene temporäre Arbeitslosen-rückversicherung namens SURE (Europäisches Instrument für befristete Unterstützung zur Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken im Notfall nach dem COVID-19-Ausbruch) im Umfang von bis zu 100 Mrd EUR. Die finanzielle Unterstützung soll den Mitgliedstaaten in Form von EU-Darlehen zu günstigen Bedingungen gewährt werden. Es handelt sich um eine befristete Maßnahme, deren Dauer und Anwendungsbereich auf die Bewältigung der Folgen der Coronavirus-Pandemie beschränkt bleiben. Technische Details zum EK-Vorschlag des Solidaritätsinstruments SURE befinden sich in Ausarbeitung.
9. April 2020	Eurogruppe	Euro-Gruppe legt COVID-19 Unterstützungspaket in Höhe von 540 Mrd EUR mit folgenden Schwerpunkten vor: • Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM): Die Eurogruppe empfiehlt, einen „Pandemic Crisis Support“, basierend auf der existierenden Enhanced Conditions Credit Line (ECCL) des ESM von bis zu 240 Mrd EUR, falls alle Euroraum-Mitgliedsstaaten Unterstützung beantragen. • Die Eurogruppe betont, dass die Balance-of-Payments Support-Fazilität für EU-Mitglieder außerhalb des Euroraums zur Verfügung steht.

[29] Autoren: Sylvia Gloggnitzer, Harald Grech (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		• Europäische Investitionsbank (EIB): Etablierung eines pan-europäischen Garantiefonds für Unternehmenskredite über 25 Mrd EUR zur Mobilisierung von bis zu 200 Mrd EUR.
2. April 2020	EK	Solidaritätsinitiative SURE – Europäische Hilfe für Kurzarbeit in den EU-Mitgliedstaaten Die EK veröffentlicht einen Vorschlag über ein Europäisches Instrument SURE (Support mitigating Unemployment Risks in Emergency) für befristete Unterstützung, zur Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken im Notfall, in der Höhe von 100 Mrd EUR.
30. März 2020	Rat	Rat stimmt für die Corona Response Investment Initiative (CRII) Auf Vorschlag der EK werden nach Zustimmung des Rats 37 Mrd EUR aus dem Bereich Kohäsionspolitik für die Bekämpfung der Corona-Krise bereitgestellt. 8 Mrd EUR stammen aus Mitteln der Struktur- und Investitionsfonds, die die Mitgliedstaaten im vergangenen Jahr nicht wie geplant ausgegeben haben. 29 Mrd EUR werden den Ländern vorzeitig ausgezahlt, damit sie ihre Gesundheitssysteme stärken und kleine und mittlere Unternehmen, Kurzarbeitsregelungen und gemeindebasierte Dienste unterstützen können.
26./27. März 2020	ER	Schwerpunkte • EZB: Die Staats- und Regierungschefs begrüßen das entschiedene Vorgehen der EZB. • Staatliche Beihilfen: Der ER befürwortet den befristeten Rahmen der Kommission für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des derzeitigen Ausbruchs von COVID-19 • Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP): Der ER unterstützt die noch nie da gewesene Aktivierung der allgemeinen Ausweichklausel im Rahmen des SWP. • Corona Response Investment Initiative (CRII): Der ER empfiehlt die rasche Annahme des Kommissionsvorschlags für eine Investitionsinitiative im Rahmen der Kohäsionspolitik in der Höhe von 37 Mrd EUR für Investitionen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise. • EU-Erweiterung: ER billigt Ratsschlussfolgerungen vom 25.März 2020 zum Erweiterungs-, Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit den Republiken Nord-Mazedonien und Albanien.
24. März 2020	Eurogruppe	Schwerpunkte • Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM): Finanzminister erörtern unterschiedliche Möglichkeiten der Nutzung des ESM. Das derzeitige ESM Volumen für Kreditvergabe beträgt 410 Mrd EUR. Die "Enhanced Conditions Credit Line (ECCL)" soll als Pandemiekrisenunterstützungsinstrument innerhalb des ESM-Vertrags eingesetzt werden, in dem sie für alle Mitgliedstaaten der Eurozone verfügbar wäre. Es konnte keine

		Einigung über die Nutzung des ESM erzielt werden. • Finanzieller Beistand der EU für Mitgliedstaaten in Notsituationen – („Unemployment Reinsurance Scheme"): Finanzminister diskutieren die Möglichkeit Art. 122.2 AEUV zu nutzen, um Arbeitsplätze in den EU-Mitgliedsstaaten zu sichern, z.B. über Finanzierung von Kurzarbeitsprogrammen, Unterstützung für nationale Arbeitslosenversicherung. Die EK arbeitet diesbezüglich an einem konkreten Vorschlag, wobei die Mittel aus dem EU-Budget kommen könnten.
23. März 2020	ECOFIN-Rat	Schwerpunkte • Flexibilität des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP): Der ECOFIN-Rat kommt überein, ein Höchstmaß an Flexibilität im haushaltspolitischen Rahmen der EU anzuwenden. Es wird die sogenannte Allgemeine Ausweichklausel des SWP aktiviert. Damit erhalten Mitgliedsstaaten die Flexibilität zur Durchführung zeitgerechter, gezielter, vorübergehender Maßnahmen zur Unterstützung ihrer Gesundheits- und Wirtschaftssektoren. Mitgliedstaaten bekennen sich aber grundsätzlich zum SWP. Die Finanzminister bekennen sich weiterhin uneingeschränkt zur Einhaltung des SWP. • Europäisches Semester: Da die Prognostizierung der ökonomischen Auswirkungen der COVID19-Pandemie derzeit schwierig sei, einigen sich Rat und EK auf eine flexible, pragmatische Vorgangsweise bei Durchführung des aktuellen Europäischen Semesters.
17. März 2020	ER	Bewältigung der sozioökonomischen Folgen der COVID-19-Krise Der ER billigt die Erklärung der Euro-Gruppe vom 16. März und unterstützt die verschiedenen Initiativen der EK in den Bereichen des Binnenmarkts, wie etwa die Anpassung der Vorschriften für staatliche Beihilfen, die Nutzung der Spielräume des SWP, sowie die Inanspruchnahme von EU-Haushaltsmitteln.
16. März 2020	Eurogruppe	Eurogruppe (19 MS) Griechenland: Es findet eine Diskussion über den fünften Bericht zur verstärkten Überwachung statt. Griechenland übertraf nun zum fünften Mal seine Budgetziele und erreichte 2019 einen Primärüberschuss von 4%. Griechenland verfüge hinsichtlich der COVID19-Auswirkungen über eine gewisse Flexibilität, steht aber mit Corona- und Migrationskrise vor doppelter Herausforderung
13. März 2020	EK	Vorschlag koordinierter Maßnahmen für die Abfederung wirtschaftlicher Auswirkungen des Coronavirus • Corona Response Investment Initiative (CRII): Im Rahmen dieser neuen Initiative schlägt die Kommission vor, 37 Mrd EUR aus dem Bereich Kohäsionspolitik für die Bekämpfung der Corona-Krise bereitzustellen. Zur Umsetzung von CRII hat die EK einen Vorschlag zur Änderung der Dachverordnung der Strukturfonds vorgelegt, Rat und EP sollen die Verordnung

		rasch verhandeln. • Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP): EK wäre bereit, dem Rat eine „Allgemeine Escape Klausel“ vorzuschlagen, mit der im Fall eines schweren Wirtschaftseinbruchs in Eurozone oder EU eine Suspendierung einer vom Rat empfohlenen budgetären Anpassung (Vorgaben zur Korrekturen eines übermäßigen Defizits) durch den Rat möglich wäre. Durch diese Klausel würde in Zusammenarbeit mit dem Rat die von ihm empfohlene Haushaltsanpassung im Falle eines schweren Konjunkturabschwungs im Euro-Währungsgebiet oder in der gesamten Union ausgesetzt. • Staatliche Beihilfen: Die Mitgliedstaaten können im Einklang mit den bestehenden EU-Vorschriften umfangreiche Unterstützungsmaßnahmen konzipieren. Sie können beschließen, Lohnzuschüsse zu gewähren oder die Zahlung von Körperschaft- und Umsatzsteuern oder Sozialbeiträgen auszusetzen. Nach Artikel 107 Absatz 2 Buchstabe b AEUV können die Mitgliedstaaten Unternehmen für durch außergewöhnliche Ereignisse entstandene Schäden einen Ausgleich gewähren und auf dieser Grundlage auch Maßnahmen für die Luftfahrt und den Tourismus durchführen. EK erarbeitet einen speziellen rechtlichen Rahmen, der sich auf Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe b AEUV stützen und bei Bedarf angenommen werden soll.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

15.April 2020	IWF	Short Term Liquidity Line: Das IWF Exekutivdirektorium beschließt eine neue Fazilität, die „Short-term liquidity Line“, eine wiederkehrende (revolvierende) Liquiditätslinie in Höhe von bis zu 145 Prozent der Quote des jeweiligen Landes, wobei diese Linie für Länder mit starken Fundamentaldaten zur Verfügung stehen wird.
14. April 2020	IWF	World Economic Outlook: Unter Vorwegnahme der teilweisen Ergebnisse des im Mai zu publizierenden *World Economic Outlook* präsentiert die Chökonomin des IWF, G. Gopinath, die Schätzungen des IWF zur weiteren globalen Wirtschaftsentwicklung. Das globale reale BIP würde (im baseline szenario) im laufenden Jahr um rd. 3 % fallen, dies entspricht einer Abwärtsrevision gegenüber der letzten Prognose im Jänner 2020 um rd. 6,3 %. Das reale BIP der Industrieländer würde um rd. 6,1 %, jenes der U.S. um rd. 5,9 %, jenes des Euroraums um rd. 7,5 % und jenes der Gruppe der Schwellen- und Entwicklungsländer um rd. 1,0 % zurückgehen. Die Wirtschaftsleistung Chinas würde im heurigen Jahr in vergleichsweise geringem Ausmaß um rd. 1,2 % zunehmen. Für Österreich rechnet der IWF mit einem Sinken des realen BIP in Höhe von rd. 7,0 %. Sowohl für die Industrie- als auch die Schwellen- und Entwicklungsländer rechnet der IWF im kommenden Jahr mit einer Rückkehr auf den Wachstumspfad, wobei die prognostizierten Steigerungsraten die globalen realen BIP-Verluste des heurigen Jahres nicht kompensieren würden.

13. April 2020	IWF	Catastrophe Containment and Relief Trust (CCRT): Das IWF Exekutivdirektorium beschließt Schuldendiensterleichterungen für 25 einkommensschwache Mitgliedsländer. Die Finanzierung der Schuldendiensterleichterungen erfolgt über den *CCRT* (aktuelles Finanzierungsvolumen rd. 500 Mio USD). Im Rahmen des *CCRT* werden den Empfängerländern nicht-rückzahlbare Zuschüsse gewährt werden, die in weiterer Folge in den kommenden sechs Monaten zur Tilgung von Schuldverpflichtungen dem IWF gegenüber verwendet werden sollen. Zu den Empfängerländern zählen Afghanistan, Benin, Burkina Faso, die Zentralafrikanische Republik, Tschad, Komoren, Kongo, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Haiti, Liberia, Madagaskar, Mali, Mozambique, Nepal, Niger, Rwanda, Sao Tomé und Principe, Sierra Leone, Solomon Islands, Tadschikistan, Togo und Jemen. Aufgrund der ablehnenden Stellungnahme der EZB zum Gesetzesentwurf 2016 kann sich Österreich bzw. die OeNB am CCRT nicht beteiligen.
10. April 2020	IWF	Das IWF Exekutivdirektorium genehmigt eine Inanspruchnahme des Rapid Financing Instrument (RFI) für Nordmazedonien in Höhe von 176,53 Mio EUR (140,3 Mio SZR, 100% der Quote) sowie für Albanien in Höhe von 174 Mio EUR (139,3 Mio SZR, 100% der Quote). Weiters erhält der Kosovo Mittel aus dem RFI in Höhe von 51,6 Mio EUR (41,3 Mio SZR, 50% der Quote).
9. April 2020	IWF	Das IWF Exekutivdirektorium beschließt u.a. in Anbetracht der hohen Anzahl finanzieller Unterstützungsansuchen der Mitgliedsländer, die institutionellen Abläufe zur Genehmigung einer Inanspruchnahme des *Rapid Financing Instrument (RFI)* und der *Rapid Credit Facility (RCF)* zu beschleunigen sowie die Betragsbeschränkungen temporär (sechs Monate) auf 100 % der Quote sowie kumulativ 150 % der Quote zu erhöhen.
30. März 2020	IWF	Bilaterale Darlehen: Das IWF Exekutivdirektorium beschließt das Regelwerk der ab 1.Jänner 2021 geplanterweise in Kraft zu tretenden neuen Runde von bilateralen Kreditlinien des IWF mit einzelnen Mitgliedsländern.
27. März 2020	IWF	NAB Verdoppelung: Der U.S.-Kongress stimmt einer Beteiligung der U.S. an der am 16. Jänner 2020 im IWF-Exekutivdirektorium beschlossenen Verdopplung des NAB-Gesamtvolumens auf rd. 364,7 Mrd SZR (rd. 504 Mrd USD) zu. Damit wird ein Inkrafttreten der NAB-Verdoppelung ab Jänner 2021 wahrscheinlicher.
25. März 2020	IWF	IWF Schuldenerleichterung für Somalia: IWF und Weltbank sind zu der Entscheidung gelangt, dass Somalia nunmehr alle notwendigen Schritte unternommen habe, sodass die Schulderleichterungen gemäß der *enhanced Heavily Indebted Poor Countries (HIPC)-Initiative* gewährt werden können. Durch diese Maßnahmen wird die Staatsverschuldung Somalias schrittweise von rd. 5,2 Mrd USD (per Ende 2018) auf rd. 557 Mio USD (per Ende März 2023) reduziert werden. An der Entschuldigungsoperation sind neben IWF und Weltbank auch im Pariser Club vertretene Gläubigerländer (u.a. U.S., Russland, Italien,

		Frankreich) sowie die Internationale Entwicklungsorganisation und die Afrikanische Entwicklungsbank beteiligt.
19. März 2020	IWF	Ernennung des neuen First Deputy Managing Director des IWF: Das IWF-Exekutivdirektorium stimmt der beschleunigten Ernennung von Geoffrey Okamoto als *First Deputy Managing Director* des IWF zu. G. Okamoto war zuletzt als *U.S. Acting Assistant Secretary of the Treasury for International Finance and Development* tätig.